

Staat, Recht, Politik

MAKK, FERENC: *Ungarische Außenpolitik (896-1196)*. Herne: Schäfer 1999. 147 S. = Studien zur Geschichte Ungarns 3.

Der wesentlichste Faktor der Faszination, welche von der Geschichte und Kultur Ungarns im Mittelalter ausgeht, liegt in seiner ethnographisch-geographischen Lage. Als Herrscher über einen Großverband, eingekeilt zwischen zwei Kaiserreichen mit universalen Herrschaftsansprüchen versuchten die Könige aus der Dynastie der Arpaden über 300 Jahre lang die Selbständigkeit Ungarns zu bewahren, indem sie sich jeweils mit dem einen oder anderen Kaiserreich verbündeten oder sich an Rom anlehnten, wechselnde Beziehungen zu ihren slawischen Nachbarn knüpften, um sich gegenüber den Expansionsbestrebungen des dritten ostmitteleuropäischen Nachbarn, des Königreichs Böhmen, zur Wehr zu setzen oder selbst ihr Territorium auf dessen Kosten zu arrondieren. In den häufigen Thronfolgekämpfen innerhalb der Dynastie stützten sich die Arpaden ebenfalls auf rivalisierende Mächte. Innenpolitisch mußten sie dabei auf einem schwierigen Grat balancieren. Einerseits waren fremde Einflüsse durchaus erwünscht und notwendig, andererseits durften sie nicht zu groß werden, um die politische Selbständigkeit und den inneren Frieden nicht durch die Zurücksetzung des einheimischen Adels zu gefährden. Dieser huldigte alten magyarischen, durch Heldendichtung und Sagen untermauerten Traditionen und einem weit zurückreichenden, zum Teil hunnischen Abstammungsbewußtsein. Zu großer äußerer politischer Einfluß am Königshof forderte die Rebellion der Adelsclans heraus, die ihren Ursprung bis auf die Stammeshäupter aus der Zeit der Landnahme unter Arpad zurückführten und extrem fremdenfeindlich reagieren konnten.

Daher ist die ungarische Geschichte vom 10. bis 14. Jahrhundert auch nach innen von der gesamteuropäischen Geschichte nicht zu trennen und stets eingebettet in eine Geschichte der Diplomatie und der internationalen Beziehungen im Mittelalter. Dieser Bedeutungsgehalt der auswärtigen Beziehungen Ungarns entspricht leider bis heute noch nicht dem westlichen Forschungsstand, was auf die politischen Einflußfaktoren zurückzuführen ist, die seit dem 19. Jahrhundert auf die Geschichtswissenschaft einwirkten: die deutsch-österreichische Nationalgeschichtsschreibung, der Revisionismus von ungarischer sowie deutscher Seite in der unmittelbaren Nachkriegszeit beider Weltkriege und zuletzt die marxistische Geschichtsforschung haben das Bild der gemeinsamen Geschichte von wenigen Ausnahmen abgesehen erheblich verzerrt. Die Aufarbeitung hat erst in den 1990er Jahren begonnen, wobei den Veröffentlichungen von Ferenc Makk eine besondere Rolle zukommt. Das vorliegende Werk ist die erweiterte deutsche Fassung von Makks 1996 in Budapest erschienenem Buch *Magyar külpolitika (896-1196)*.

Der Gebrauch des in der Mediävistik leider bis heute verpönten Begriffs »Außenpolitik« (*külpolitika*) hätte einer grundsätzlichen Erörterung bedurft. Makks Schilderung orientiert sich an der Ereignisgeschichte der äußeren und inneren Konflikte, wobei seine Schlußfolgerungen sehr moderat sind. Der Untersuchungszeitraum ist begrenzt bis zum Tode König Bélas III. 1196. Dabei bleibt der Autor jedoch mit wenigen Ausnahmen einer rein ungarischen Sichtweise verhaftet, wäh-

rend eine Betrachtung aus mehreren Blickwinkeln entsprechend den beteiligten Reichen und Donauverbandsstaaten dringend erforderlich wäre.

Das Hauptproblem besteht in dem vollständigen Fehlen eines kritischen Apparates. Selbst im Text anonymisiert der Autor die Quellen. Tatsächlich ist die Quellenlage durchaus problematisch. Die Benutzung der ungarischen Geschichtsschreibung im Mittelalter bedarf einer sehr kritischen und eingehenden Auseinandersetzung mit den diesen Werken zugrunde liegenden literarischen und anderen Traditionen sowie ihrer individuellen Entstehungsgeschichte. Viele Informationen sind überhaupt nicht in Ungarn selbst überliefert, sondern stützen sich auf zum Teil sehr weit verstreute Quellen.

Die sehr flüssige und komprimierte Darstellung erweckt den trügerischen Eindruck, es handle sich um gut bezeugte und erforschte sowie vor allem unstrittige Ereignisse und Zusammenhänge. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: viele Begebenheiten und Hintergründe sind äußerst problematisch und bedürfen einer kritischen Erörterung unter Einschluß verschiedener Standpunkte. Überdies stützt sich die bisherige Forschung auch heute noch auf viele Ergebnisse, die unter einseitig nationalen, revanchistischen und ideologischen Prämissen aus der Nachkriegszeit beider Weltkriege und der marxistischen Geschichtsschreibung zustande gekommen sind und heute keine Gültigkeit mehr beanspruchen dürfen, wenn dieses auch nicht für das vorliegende Werk gilt.

Makk schreibt klassische politische Ereignisgeschichte. Wirtschaftliche, soziale, religiöse, kulturelle und vor allem reichsideologische Aspekte werden nur am Rande gestreift. Insbesondere die Erkenntnisse und Methoden der internationalen Mediävistik über den Einfluß einzelner Personengruppen auf die Spielregeln der Politik im Mittelalter kommen zu kurz. So bleiben die Einzelakteure unter dem weiten (Deck-)Mantel »Königtum« häufig ungenannt und die Triebkräfte politischen Handelns nach wie vor undurchsichtig.

Obwohl Makks Werk den derzeit besten Einstieg in das Beziehungsgeflecht zwischen Ungarn und seinen Nachbarn für das 10. bis 12. Jahrhundert bietet, ist es wissenschaftlich nicht weiter verwertbar. Die Aufgabe zu tiefergehenden Untersuchungen bleibt weiterhin bestehen, um Makks Ergebnisse einerseits zu sichern, andererseits zu ergänzen und auf das letzte Jahrhundert arpadischer Herrschaft auszuweiten.

Jürgen K. Schmitt

Bamberg

KRISTÓ, GYULA – MAKK, FERENC: *Die ersten Könige Ungarns. Die Herrscher der Arpadendynastie*. Herne: Schäfer 1999, 481 S., 1 Kt., 1 Stammtaf.

Die Verfasser weisen in ihrem Vorwort darauf hin, daß das Karpatenbecken, in dem sich das historische Ungarn erstreckte, eine Vermittlerrolle zwischen Ost und West spielte. Die von ihnen präsentierten Herrscherporträts sollen davon Zeugnis ablegen. Auch betonen die Autoren, daß sie sich um menschliche Lebensbilder bemüht haben, welche die persönlichen Beweggründe und seelischen Motivationen der Herrscher zu wahren Charakterdarstellungen ihrer Gestalten verdichten.

Die Einzelporträts veranschaulichen verschiedene Phasen: die allmähliche Stabilisierung des unter Géza, dem Vater Stephans I., eingeführten Christentums, die

wechselseitigen Beziehungen des *neuen* Königreichs Ungarn zu seinen mächtigen Nachbarn bis zu Ladislaus I. dem Heiligen (1077-1095), das Hin- und Herschwan-ken des Landes zwischen dem Deutschen und dem Byzantinischen Reich, dann, ab König Koloman (1095-1116) bis zu Andreas II. (1204-1235), als dritter wesentlicher außenpolitischer Faktor die Kreuzzugsbewegung, deren erster Zug 1096 Ungarn unter wenig ehrenhaften Umständen passierte – die Kreuzzügler leisteten sich zahlreiche Übergriffe. Ungarn gelang es, die unter Ladislaus I. begonnene Eroberung Dalmatiens fortzuführen und zu beenden, was auf Kosten des Byzantinischen Reiches geschah.

Auch die grundlegenden Beziehungen Ungarns zum Papsttum zeigen ein wechselhaftes Bild. Koloman hatte zwar im Jahr 1106 auf die Investitur, das heißt die Ernennung der Bischöfe und Erzbischöfe als König verzichtet, doch bereits unter seinem Nachfolger Stephan II. (1116-1131) wurden die kirchlichen Würdenträger wieder vom König eingesetzt. Das Land mußte während der Regentschaft Gézas II. (1141-1162) einen weiteren Kreuzzug verkraften. Zudem gab es unter Géza II. und Stephan III. wiederholt Konfrontationen mit den Byzantinern. Erst unter Béla III. (1172-1196) wurde der französische Einfluß am Königshof durch die Ehe des Königs mit Agnes von Châtillon zu einem konstanten Faktor bis zum Regierungsantritt Andreas II., der dem deutschen Einfluß durch seine Heirat mit Gertrud von Andechs-Meranien wieder zur Geltung verhalf.

Unter Béla III. erfolgte vom Jahr 1180 an eine grundsätzliche Wende in der ungarischen Außenpolitik: Ungarn ging zur intensiveren Expansionspolitik über, vor allem auf Kosten von Byzanz, aber auch im Bereich der südwestrussischen Fürstentümer. Zur Zeit Andreas II., der als ein schwacher Herrscher geschildert wird, kam es zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen, die beispielsweise zur Vertreibung des Deutschen Ordens aus dem Burzenland in Siebenbürgen führten. Außerdem hatte der König langandauernde Konflikte mit seinem Sohn Béla, der sich zeitweilig im Exil in Österreich aufhalten mußte. Auch trat Andreas II. durch massive Versenkung von Krongütern hervor.

Béla IV. (1235-1270) stand zeitlebens in ausgezeichneten Beziehungen zu Rom und verschaffte dem Land durch die „Restitutionspolitik“ (Rücknahme der Schenkungen seines Vaters) bis zum verheerenden Mongoleneinfall 1241/1242 relative Stabilität. Sein Sohn, Stephan IV., regierte nur kurz (1270-1272), stand aber bis zur Thronbesteigung in ständigem Streit mit seinem Vater.

Ladislaus IV., Stephans IV. Sohn, war ein vom Unglück verfolgter Herrscher, der zwischen seinen Aufgaben als König von Ungarn, dem Kumanenproblem und dem fortwährenden Konflikt mit dem hohen Klerus seines Landes hin- und hergerissen wurde. Die Verfasser folgen in ihrer Darstellung der allgemeinen, bisher ausschließlich negativen Einschätzung von Ladislaus IV. Ihm wird vorgeworfen, »rechtswidrige Taten« begangen und den Bürgerkrieg im Land begünstigt zu haben. Auch wird den Berichten des Hauptwidersachers von Ladislaus IV., dem Erzbischof Lodomer von Gran, uneingeschränkt Glauben geschenkt, vor allem in der Anklage, Ladislaus habe eine despotische Alleinherrschaft angestrebt und die Kirche gehaßt beziehungsweise das Christentum ganz verworfen. Dabei wird aber übersehen, daß die Kirchenfürsten in den Kumanenwirren – zusätzlich fielen 1285 Armeen der Goldenen Horde in Ungarn ein – ihre Machtbasis auf Kosten der zentralen Königsgewalt erweiterten und das Land in ihre eigenen Machtbereiche aufspalteten (neben Lodomer bietet der langjährige siebenbürgische Bischof Petrus ein typisches Beispiel, der Siebenbürgen praktisch zu seinem Herrschaftsgebiet aus-

baute). So nimmt es nicht Wunder, daß Andreas III., der Nachfolger von Ladislaus IV. und gleichzeitig letzter Arpade, eine ganz dem Hohen Klerus konforme Politik führte. In diesem Sinn betrachtete der Klerus den König nun als Partner. Die Regierungszeit von Andreas III. ist für die Gesetzgebung des Königreichs wichtig, da sie die starke Position des Klerus sanktionierte und dem Land bis 1301 innere Ruhe bescherte.

Das als Studienhandbuch ausgezeichnete geeignete Buch von Kristó und Makk bietet dem Leser als nützlichen Anhang eine kleine Auswahlliste deutscher und ungarischer Literatur (S. 474-479), eine Kartenskizze „Schauplätze politischer und militärischer Ereignisse“ und eine Stammtafel des Arpadengeschlechts.

Klaus Popa

Bestwig

PAPACOSTEA, ŞERBAN: *Between the Crusade and the Mongol Empire. The Romanians in the 13th Century*. Cluj-Napoca: Center for Transylvanian Studies, Romanian Cultural Foundation 1998. 355 S. = *Bibliotheca Rerum Transsylvaniae* 22.

Der Titel dieser Studie erweckt beim Leser die Erwartung, zu einer Reihe bislang kaum oder nur sehr eindimensional behandelte Fragen Antworten oder auch nur Fragestellungen zu finden, ist der Verfasser doch einer der wichtigsten und bekanntesten Mediävisten Rumäniens. Da das Werk rund 10 Jahre nach der Öffnung des Landes auch für den unzensierten wissenschaftlichen Austausch mit der außer-rumänischen Wissenschaft, hier der Historiographie, erschien, erhöht sich die Erwartungshaltung des Lesers, der die Publikationen zu der hier behandelten Thematik aus der Zeit bis 1989 kennt, zusätzlich.

Deutlich lassen in diesem Werk zwei Abschnitte ausfindig machen:

1. Es gibt zwei Kapitel (1. S. 13-88, 3. S. 137-225), in denen Papacostea sich, in profunder Kenntnis der Quellen und der internationalen Literatur, mit der Beschreibung und Analyse von Ursachen, Verlauf und Folgen des Zusammentreffens von abendländischen Kreuzfahrern, Kaufleuten und Missionaren sowie des Mongolischen Weltreiches in Südosteuropa (mit dem Schwerpunkt des Donau-Karpatenraumes) auseinandersetzt. Im ersten Kapitel stellt er die schon in den Jahren vor dem vierten Kreuzzug einsetzenden umfangreichen Bemühungen des Papsttums, des Königreichs Ungarn, der Republik Venedig und des 1204 auf den Trümmern des byzantinischen Reiches gegründeten lateinischen Kaiserreiches dar, neben den noch paganen Kumanen die Orthodoxe Kirche und die sie tragenden Fürstentümer mit militärischer Gewalt oder durch den Abschluß einer Union zu den Bedingungen der lateinischen Kirche wieder mit Rom zu vereinen. Trotz einer Reihe von zwischenzeitlichen Erfolgen in Bulgarien, Serbien, der Romania und im Adriaum zwischen circa 1200 und 1240 sowie im weiteren Verlauf des 13. und 14. Jahrhunderts gelang keine dauerhafte konfessionelle Umwandlung des Großteils der orthodoxen Gesellschaften Südosteuropas auf Makro- und Mikroebene im Spätmittelalter. Zu erklären ist die rasante Expansion der lateinischen Welt nach Osten und Süden im 12. und 13. Jahrhundert mit einem dynamischen Wachsen der Bevölkerung, der zahlreichen Innovationen im technischen und geistigen Bereich sowie der dadurch bedingten Verdichtung und Intensivierung von Herrschaft, städtischen Strukturen und wirtschaftlichen Verflechtungen. Papacostea stellt diesen

Gesichtspunkt nicht in den Vordergrund seiner Darstellung, sondern wählt die Perspektive der orthodoxen Welt, die aufgrund politischer Zersplitterung nach 1180 und weniger dynamischen inneren Innovationen sich nach 1204 dauerhaft gegenüber der lateinischen und – wie sich zeigen sollte – gegenüber der türkisch-islamischen Welt in die Defensive gedrängt sah. Im dritten Kapitel beschreibt und analysiert Papacostea den Verlauf und die Folgen des Ausgreifens der Mongolen in den südosteuropäischen Raum und nach Ungarn bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts. Die orthodoxen Gesellschaften und Fürstentümer sahen sich im 13. Jahrhundert somit von einer weiteren überlegenen, ihre Existenz bedrohenden Macht, dem Mongolischen Weltreich beziehungsweise dem aus diesem hervorgehenden Reich der Goldenen Horde, unmittelbar bedrängt.

2. Der zweite Abschnitt der Arbeit ist in drei Kapitel eingeteilt (S. 89-136, 226-290, 291-316). Hier beschäftigt sich der Verfasser mit der Geschichte der Rumänen im 13. und zu Beginn des 14. Jahrhunderts und untersucht dabei im Schwerpunkt ihre Beziehungen zur Lateinischen Kirche, zum Königreich Ungarn und dem Reich der Mongolen.

Neue Fragestellungen oder Aussagen zu diesem Themenkomplex sucht der Leser vergeblich. Es findet sich hingegen all das, was von Seiten der rumänischen Historiographie seit ihrer Herausbildung im 19. Jahrhundert zum überwiegendsten Teil verfaßt wurde.

Es ist enttäuschend, auch hier die immer gleichen *anachronistischen*, aus dem 19. Jahrhundert stammenden Vorstellungen von *rumänischen* Ländern, Knesaten, Staaten, Armeen und Siedlungsgebieten auf dem Territorium des heutigen Staates Rumänien, unbeeindruckt von den Methoden und Fragestellungen der modernen historischen Ethnologie, Sprachforschung, Interethnik und Mediävistik, aus ideologischen Motiven und Vorstellungen heraus, bar jeder Quellenbelege oder Kritik an der nationalen Historiographie in Rumänien, zu lesen. Sämtliche auf dem Territorium des heutigen Rumänien liegende Ortsnamen werden ausschließlich in ihrer heutigen rumänischen Bezeichnung aufgeführt, und das alles ohne einen einzigen Hinweis auf die Tatsache, das in Mittelalter und früher Neuzeit für den Großteil dieser Ort- und Landschaften kein rumänischer Eigenbegriff existierte. Der Rezensent vermißt dahingehend auch die Erstellung eines Glossars. Auch der ahistorische Begriff *Rumäne*, der ständig für die Walachen des 13. Jahrhunderts verwandt wird, wird einmal mehr nicht hinterfragt beziehungsweise seine Verwendung kommentiert.

Die *Gesta Hungarorum* des Anonymus wird wieder als zentrale Quelle für die Existenz *rumänischer Staaten* (Stichwort: Gelou) auf dem Gebiet Siebenbürgens herangezogen, eine moderne Quellenkritik unterbleibt vollständig. Das ungarische Königreich, dessen (fiktive) Expansion in die im Prozeß der Staatswerdung sich befindlichen (fiktiven) rumänischen historischen Landschaften ausschließlich unter dem Aspekt einer feindlichen feudalen Aggression – aber ohne eine ungarische Siedlungsbewegung in Siebenbürgen – erwähnt wird (S. 308), beschreibt Papacostea als eine Zwangsgemeinschaft, die nicht integrierend wirken konnte und im Zeichen einer Krise wie im späten 13. Jahrhunderts rasch von Auflösung und innerem Chaos gekennzeichnet war. Der Verfasser erwähnt nur beiläufig etwas von Stadtgründungen und Landesausbau in Siebenbürgen im 13. Jahrhundert, die, initiiert durch die ungarische Krone, von der mit innovativen Techniken ausgestatteten deutschen, ungarischen und szeklerisch-ungarischen Bevölkerungsmehrheit

des Landes betrieben wurden und die siebenbürgische Kulturlandschaft maßgeblich prägten.

Viele sehr wesentliche Aspekte bleiben von Papacostea unerwähnt, etliche Aussagen verdrehen die historisch belegbaren Fakten auf groteske Weise.

Die zeitgenössischen Dokumente seien zu knapp und dürftig, um die Geschichte des ungarischen Adels näher beschreiben zu können (S. 239). Die überlieferten Quellen des 13. Jahrhunderts sind nach Meinung des Verfassers hingegen ausreichend zu einer detailreichen Darstellung der Geschichte der Rumänen. Es wird nicht erwähnt, daß es im 13. Jahrhundert keine schriftlichen Quellen von den Walachen selbst gibt und keine Aussagen über Kontakte oder ein faßbares Zusammengehörigkeitsgefühl der im späten 13. und frühen 14. zu belegenden kleinen walachischen Familienverbände und Knesate sowie nichts über die vergleichsweise außerordentlich geringe Anzahl von Schriftzeugnissen, in denen sie überhaupt Erwähnung finden. Die Walachen im 13. Jahrhundert sind aus heutiger Perspektive gesehen zwar als eine erkennbare ethnische und aufgrund ihres Lebensmodells als Hirten auch gesellschaftliche Größe anzusehen, aber zu keinem Zeitpunkt als eine faßbare politische und erst recht nicht einheitliche beziehungsweise nach einem staatlichen Zusammenschluß strebenden Größe. Papacostea geht mit keinem Satz auf die These von dem Beginn der allmählichen Einwanderung einer walachischen Bevölkerung in die Gebiete nördlich der Donau seit der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts ein, die in der außerrumänischen Historiographie dank neuerer Untersuchungen weiterentwickelt und mittlerweile allgemein vertreten wird und die somit für sein Thema von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Als Beleg für die Existenz der Rumänen in den Ostkarpaten, wo sie auf dem Territorium der späteren Szeklerstühle ein eigenes Knesat besessen hätten (S. 97), wird auch die in der rumänischen Geschichtsschreibung so beliebte Textstelle in der Chronik Simons von Kéza herangezogen, der um das Jahr 1285 das Zusammenleben von Walachen und Szeklern in den Bergen der Ostkarpaten benennt und erwähnt, daß die Szekler von den Walachen das Schreiben gelernt hätten. Von seiten der rumänischen Historiographie wird diese Textstelle meist dahingehend interpretiert, daß die Szekler in die rumänischen Siedlungslandschaften gewandert wären und von diesen das Schreiben der lateinischen Sprache erlernt hätten (S. 258, 307). Den hier auftauchenden Fragen stellt sich Papacostea nicht: Welche Schrift verwendeten die Szekler in Kirchen und Dokumenten außer der im Königreich Ungarn verwandten lateinischen Kanzleisprache im 13., 14. und 15. Jahrhundert? Aus welchem Kulturkreis stammt diese alttürkische Runenschrift mit ungarischen Wörtern? Welche Schrift verwandten die Walachen beziehungsweise Rumänen in den ersten überlieferten und bekannten Schriftzeugnissen? Aus welcher Zeit datiert und in welchem Zusammenhang steht die erste überlieferte griechische oder altkirchenslawische Schriftquelle aus dem Szeklerland oder überhaupt aus Siebenbürgen? In welche Zeit reichen die ersten schriftlichen Dokumente von Angehörigen des walachischen Ethnikums zurück? Was spricht auf der anderen Seite dagegen, daß Simon von Kéza mit dem Begriff *Vlachen* nicht die Vorfahren der heutigen Rumänen, sondern einen der nach Ungarn geflohenen turksprachigen, vielleicht kumanischen Verbände aus dem 10. bis 13. Jahrhundert versteht, über den in der Zeit der Abfassung seiner Chronik kaum mehr etwas bekannt war?

Nicht beantwortet wird die Frage, inwieweit der Mongolensturm in Ungarn 1241/1242 und die Züge ihrer Heere nach Südosteuropa überhaupt bemerkenswerte Konsequenzen für die walachische Gesellschaft im Karpatenraum hatte, die

in Kleinverbänden vorwiegend in den als Weidegründe besonderes für Schafe sich eignenden mittleren und höheren Lagen der Gebirge lebte, wo sie von den Mongolen kaum behelligt wurden, die, wenn irgend möglich, waldreiche Gebirgslandschaften mieden, in denen es wenig für sie Wesentliches zu erbeuten gab.

Die interessante Frage, wieso und unter welchen wechselseitigen Bedingungen das walachische Ethnikum im Verlauf des 13. und 14. Jahrhunderts sich in der Walachei und Moldau rasch ausbreiten und langfristig in bezug auf Sprache und Konfession assimilatorisch auf Kumanen, Slawen und Tataren wirken konnte, bleibt ebenso ungestellt wie die Frage nach dem kulturellen Einfluß des Königreichs Ungarn, der Kumanen und der Goldenen Horde auf die walachische Hirtenengesellschaft und ihre partielle Transformation im 13. und 14. Jahrhundert. Ein Erkenntnisgewinn könnte sich beispielsweise aus einer Übertragung und dem Vergleich der von Donald *Ostrowski* im Jahre 1998 verfaßten Studie „*Muscovy and the Mongols. Cross-cultural influences on the steppe frontier, 1304-1589*“ auf die walachisch-kumanisch/mongolisch/tatarischen Beziehungssysteme herleiten.

Ausgewichen wird auch der Frage nach der grundsätzlichen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bedeutung der Walachen innerhalb des Königreichs Ungarn im 13. Jahrhundert. *Papacostea* stellt die fiktiven rumänischen Knesate und Fürstentümer als ernsthafte und aktiv handelnde Widersacher der Stephanskronen und der Unionsprojekte der römischen Kurie dar, die nicht nur auf einem vergleichbaren organisatorischen Entwicklungsstand gewesen seien (S. 103) und zusätzlich nie völlig unterdrückt werden konnten und im 14. Jahrhundert zunächst in der Walachei eine – aufgrund der feindlichen ungarischen und mongolischen Aggressoren – zeitlich verzögerte Staatsgründung in Form des walachischen *Woiwodats* erstritten. Das Königreich Ungarn war nach den Vorstellungen *Papacosteas* bis in die Zeit König *Andreas II.* und *Béla IV.* ein von einer orthodoxen Mehrheit bevölkertes Land. Von Bedeutung sind für den Verfasser dabei weniger die intensiven politischen und auch kulturellen Kontakte zwischen dem byzantinischen Reich und dem arpadischen Königshaus im 11. und 12. Jahrhundert, die bis in die Zeit *Bélas III.* eine Verdrängung des lateinischen Christentums zugunsten der Orthodoxie möglich erscheinen ließen, sondern die allerdings als Fiktion zu bezeichnende Annahme einer orthodoxen nichtungarischen Bevölkerungsmehrheit im Königreich, die, da nicht nur ohne Quellenbasis, sondern gerade auch aufgrund der überlieferten Quellen klar zu widerlegen ist.

Selbst wenn die durch keine oder maßlos überinterpretierte Quellen gestützten Thesen des Verfassers zur Geschichte der Rumänen im 13. Jahrhundert sich als historisch erweisen würden, hätte der Rezensent einen Kernsatz im Resümee vermißt: Das walachische Ethnikum spielte im 13. und in den ersten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts im Donau-Karpatenraum eine sowohl für das Reich der Heiligen Krone, die Goldene Horde, das bulgarische Zarentum oder die Bemühungen der Kurie um die Eingliederung der Orthodoxen in die Lateinische Kirche eine untergeordnete politische Rolle. Die Gründung erster vom walachischen Ethnikum wesentlich getragener Knesate in freiwilliger und/oder erzwungener Unterordnung an mächtige Nachbarn ist am besten mit der zeitgleichen Entfaltung albanischer beziehungsweise überwiegend von albanischen Verbänden getragenen Fürstentümern und Kleinherrschaften zu vergleichen.

Festzuhalten bleibt, daß die weitgehende Isolation der rumänischen Mediävistik besonders in bezug auf Fragestellungen, Methodik und der Tradierung eines anachronistischen, auf vermeintliche nationale Bedürfnisse ausgerichteten Ge-

schichtsbildes auch in der hier zu besprechenden Arbeit nicht nur deutlich auszumachen ist, sondern in drei der fünf Kapitel dominiert.

Meinolf Arens

München

FÜGEDI, ERIK: *The Elefánthy. The Hungarian Nobleman and His Kindred*. Edited by KARBIĆ, DAMIR. With a foreword by BAK, JÁNOS M. Budapest: Central European Press 1998. 174 S.

Die hier zu besprechende Fallstudie des international renommierten ungarischen Mediävisten Erik Fügedi (1916-1992), die im Todesjahr des Verfassers in ungarischer Sprache erschien (*Az Elefánthyak. A középkori magyar nemes és klánja*. Budapest 1992), liegt auch in englischer Übersetzung vor. Ein in der ungarischen Historiographie verbreiteter Weg, einem nicht ungarischsprachigen Publikum die Rezeption ihrer Arbeiten zu ermöglichen. Dem deutschsprachigen Fachpublikum steht eine vergleichsweise größere Anzahl von sprachlich zugänglichen Werken der ungarischen Historiographie zur Verfügung als etwa den Kollegen aus Frankreich oder Portugal. Es sei in diesem Zusammenhang einmal grundsätzlich angemerkt, daß die somit leicht mögliche Rezeption hier der ungarischen, aber auch der polnischen oder der tschechischen Mediävistik, die in bezug auf Fragestellungen und Methodik insgesamt gesehen auf dem gleichem Niveau wie diese Fachdisziplin etwa in Deutschland steht, von seiten der letzteren weiterhin nur mangelhaft erfolgt. Es scheint dort auch kaum Interesse an länderübergreifenden Forschungsarbeiten zu geben. Bezeichnenderweise stammen solche Arbeiten in der Regel aus Österreich (beispielsweise Herwig Wolfram, Walter Pohl) und von ausgewiesenen Osteuropaexperten wie Ferdinand Seibt (zu Böhmen) oder Jörg K. Hoensch, der jüngst die erste fundierte Geschichte des Hauses Luxemburg aus gesamteuropäischer Perspektive verfaßte. Fügedis Werk und seine außerungarische Rezeption sollten einmal auch unter diesem Blickwinkel gesehen werden.

Am Fallbeispiel der weitverzweigten und reichbegüterten oberungarischen Adelsfamilie Elefánthy analysiert Fügedi soziale, regionalpolitische (im Rahmen des Komitats), dynastische, wirtschaftliche und militärische Funktionen eines spätmittelalterlichen ungarischen Geschlechts und seiner Gefolgschaft (S. 69-122). Ferner untersucht er die Bedeutung der Dienste der Elefánthy auf der Reichsebene, wie etwa am Hofe des Königs, und die aus einer solchen Königsnähe resultierende Rückwirkung auf die Situation der Dynastie und ihrer Familiaren im komplexen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und dynastischen Gesamtgefüge eines Komitats. Ein generelles Quellenproblem ergibt sich aus der Tatsache, daß der ungarische Adel in einer bis ins späte 15. Jahrhundert weitgehend mündlich geprägten Kultur lebte, so daß nur über wenige Komitate aussagekräftige Schriftzeugnisse überliefert sind. Dabei werden die Elefánthy von Fügedi nicht isoliert, sondern immer im Vergleich mit anderen Geschlechtern meist aus oberungarischen Komitaten untersucht und dargestellt. Am Ende der Entwicklung steht im 15. Jahrhundert die Ausformung der auf Guts- beziehungsweise Grundherrschaft basierenden kleinen Magnatenschicht von rund 1700 Familien an der Spitze der

Adelshierarchie, die auf die politische Entwicklung des Reiches einen maßgeblichen Einfluß erlangte.

Auch als Reservepool für die frühneuzeitliche ungarische Aristokratie blieb der zeitgleich ausgeformte, reichsrechtlich in der Theorie gleichgestellte und im europäischen Kontext ungewöhnlich zahlreiche (analog zu Polen) Kleinadel von Bedeutung.

Fügedi verstand das vorliegende Werk als Pionierarbeit, mit der Hoffnung, Anstoß für weitere, nicht nur auf Ungarn bezogene interdisziplinäre Forschungen in diesem Bereich gegeben zu haben.

Meinolf Arens

München

KUBINYI, ANDRÁS: *Matthias Corvinus. Die Regierung eines Königreichs in Ostmitteleuropa 1458-1490*. Herne: Schäfer 1999. 248 S., 1 s/w Abb. = Studien zur Geschichte Ungarns 2.

Thomas von *Bogyay* beschrieb König Matthias Corvinus (1458-1490) als einen »Renaissancefürst mit der ritterlichen Gesinnung des ungarischen Edelmannes. Aus den heterogenen Komponenten seiner Gedankenwelt erklären sich die Widersprüche und oft verschlungenen Wege seiner Innen- und Außenpolitik.« (Grundzüge der Geschichte Ungarns. Darmstadt 1990, S. 68.) Auf diesen verschlungenen Wegen führte König Matthias Ungarn außenpolitisch zu einer neuen Vormachtstellung in Ostmitteleuropa, stellte die Zentralgewalt des Königtums im Lande und den inneren Frieden wieder her – nur wenige Jahrzehnte vor der verheerenden Niederlage seines Reiches in der Schlacht von Mohács.

András Kubinyi verdankt nicht nur die ungarische Geschichtswissenschaft viele grundlegende Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, auch hat er sein Land immer wieder bei wissenschaftlichen Tagungen und in Sammelbänden von gesamteuropäischem Charakter mit wichtigen Beiträgen vertreten. Bei seiner Forschungstätigkeit hat er sich eingehend mit der Matthiaszeit beschäftigt, deren wichtigste Ergebnisse in diesem Band zusammen gefaßt sind.

Allerdings führt der Titel zunächst in die Irre und erweckt den Anschein, als handle es sich um eine biographisch-politische Darstellung des Renaissancefürsten. Tatsächlich enthält der Band neun Studien Kubinyis, die zumeist ursprünglich in ungarischer Sprache in ungarischen Fachzeitschriften erschienen sind, jetzt erstmals in deutscher Übersetzung vorliegen und somit einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden.

Bereits mit dem ersten Beitrag „Die Staatsorganisation der Matthiaszeit“ (S. 5-96) stellt Kubinyi die Kenntnis über den königlichen Hof und die zentralen staats-tragenden Institutionen in der Matthiaszeit auf eine breite Basis. Mit den folgenden drei Aufsätzen „König Matthias und das provinzielle Ungarn“ (S. 97-112), „Die Komitatsgespanschaften im Jahr 1490 und das Problem der Thronfolge von János Corvin“ (S. 113-136) und „König Matthias und die ungarischen Bischöfe“ (S. 137-161) untersucht Kubinyi die Beziehungen zwischen der Zentralgewalt des Königtums und den einzelnen Herrschaftsträgern in Ungarn. In den Themenkreis der militärischen Organisation und der Landesverteidigung führen die Studien „Probleme bei der Mobilisierung und Logistik unter Matthias“ (S. 162-171), „Kriegs-la-

sten der Städte unter Matthias Corvinus“ (S. 172-187) und „Die südlichen Grenzfestungen Ungarns am Ende des Mittelalters“ (S. 188-201).

Für die deutsche und österreichische Geschichtswissenschaft besonders interessant sind die Ausführungen Kubinyis „Die Wiener Regierung des Königs Matthias Corvinus“ (S. 202-125), mit der überraschenden Erkenntnis, daß seine Herrschaft über Teile von Österreich unter der Enns und Wien zunächst keinen Eingang (bis zum Jahre 1487) in die Titulare von Urkunden und anderen Dokumenten des Königs als Herzog von Österreich gefunden hat. Kubinyi untersucht im folgenden die Beziehungen zwischen der Verwaltung Österreichs unter der Enns und Wiens zum ungarischen Stammland des Königs und den anderen Nebenländern.

Erstmals veröffentlicht Kubinyi in diesem Sammelband seinen Aufsatz „Königtum, Stände und Regierungen am Ende des Mittelalters in Ungarn“ (S. 216-237), der seine bisherigen Forschungen zusammenfaßt.

Mit dieser Zusammenstellung von Aufsätzen seit 1982 wird ein wichtiger, in sich geschlossener und detailreicher Überblick über die Wirkungsweise der Institutionen und die inneren Verhältnisse Ungarns am Ende des Mittelalters einem breiteren Fachpublikum zur Verfügung gestellt.

Jürgen K. Schmitt

Bamberg

LAUBACH, ERNST: *Ferdinand I. als Kaiser. Politik und Herrschaftsauffassung des Nachfolgers Karls V.* Münster: Aschendorff 2001, 783 S.

Im 1889 erschienenen ersten Band seiner „Deutschen Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges“ – bis zur Gegenwart ein leenswertes Referenzwerk des konfessionellen Zeitalters – zeichnete Moriz Ritter ein nicht gerade günstiges Bild von Ferdinand I. als Kaiser. In der Regierung des Habsburgers vermißte er nicht nur »das schöpferische Eingreifen genialer Persönlichkeiten« und die »ungewöhnliche Anspannung sittlicher Kräfte«, er kritisierte auch das Fehlen »starker Aktionen« und die »Mängel der Schläffheit und Halbheit«. Dieses Bild des schwachen Nachfolgers Karls V. prägt die Sicht von Historikern häufig noch in der Gegenwart, sofern sie sich mit Ferdinand I. überhaupt auseinandersetzen. Denn der König von Böhmen und Ungarn, der 1558 im Alter von 55 Jahren als Nachfolger Karls in Frankfurt am Main zum Kaiser proklamiert wurde, steht seit jeher im Schatten seines kaiserlichen Bruders.

Genau hier setzt Laubach mit seiner Studie, einer im Mai 2000 vom Fachbereich Geschichte/Philosophie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster angenommenen Habilitationsschrift, an: Er konzentriert sich ganz auf die Reichs- und Religionspolitik Ferdinands als Kaiser im Reich, um einerseits zu demonstrieren, welchen Anteil Ferdinand an den in seinem Namen getroffenen Entscheidungen tatsächlich hatte, und andererseits den Einfluß der Ratgeber des Kaisers auf dessen Konzeptionen und Entschlüsse zu verdeutlichen. Methodisch verfolgt die im Kern chronologisch angelegte Arbeit einen politik- und diplomatiegeschichtlichen Ansatz. Bei aller Detailfreude und Quellennähe im einzelnen, befriedigen kann die zwar solide gearbeitete, gleichwohl umständlich formulierte, mehr als 700 Seiten umfassende Arbeit nicht. Das liegt zum einen ganz offensichtlich am langen, mehr als drei Jahrzehnte umspannenden Bearbeitungszeitraum, der einer Konzentration

auf wesentliche Entwicklungslinien nicht förderlich war. Zum anderen liegt es aber auch an der Konzeption der Studie selbst. Bereits dem Titel nach hätte man einleitend eine präzise Gegenüberstellung der beiden ungleichen Brüder erwartet, eine Gegenüberstellung etwa universalpolitischer und territorialpolitischer Herrschaftskonzepte und -praktiken. Ebenso vermißt man eine Rückblende auf die älteren, die Reichspolitik natürlich prägenden politischen Erfahrungen Ferdinands in Österreich, Böhmen und Ungarn, seine dortigen Erfolge wie Mißerfolge, ja überhaupt eine Einführung in die zentralen Probleme seiner Zeit. Paula Sutter Fichtner, deren Ferdinand-Biographie der Autor kritisiert, publizierte beispielsweise 1975 den (im Literaturverzeichnis Laubachs nicht genannten) Aufsatz „When Brothers Agree: Bohemia, the Habsburgs, and the Schmalkaldic war, 1546-47“, der hervorragend geeignet gewesen wäre, punktuell das Verhältnis der Brüder in der Reichspolitik zu klären. Statt dessen erfolgen Rückblenden meist unvermittelt an Stellen, wo sie nicht einmal faktographisch relevant sind. Etwa im Kapitel über die Südostpolitik Ferdinands, das Laubach mit den sprachlich wie in der Sache problematischen Sätzen einleitet: »Ferdinands Südostpolitik ist mehrschichtig. Im Vordergrund stand das Verhältnis zum Osmanischen Reich, das von der Sorge vor Aktionen dieses mächtigen und gefährlichen Nachbarn gekennzeichnet war. Neuerdings ist wahrscheinlich gemacht worden, daß Sultan Süleyman I. (der Prächtige) gar kein Expansionskonzept hatte. Dann wäre Ferdinands Türkenpolitik ein Beispiel dafür, in welchem Maße eine Fehleinschätzung politisch wirksam werden kann, denn er ging von der Prämisse aus, daß die Türken grundsätzlich eine aggressive Politik verfolgten« (S. 626). In seiner Schlußbemerkung knüpft Laubach nochmals an die einleitend genannten Forschungen Ritters an: »Was Moriz Ritter mit leicht abwertendem Unterton als zentrales Anliegen der kaiserlichen Regierung Ferdinands charakterisiert hat, »in dem schwer erschütterten Reich eine Epoche des Friedens heraufzuführen«, darf in unserer Zeit, die historische Größe nicht mehr an »starken Aktionen« wie militärischen Erfolgen und Ausschaltung politischer Widersacher oder an hochfliegenden Entwürfen mißt, als respektable Leistung Kaiser Ferdinands und seiner Mitarbeiter anerkannt werden« (S. 741).

Joachim Bahlcke

Leipzig

Szabolcs vármegye 1848/1849-ben. Források [Komitat Szabolcs 1848/1849. Quellen]. Válogatta és szerkesztette LÁSZLÓ, GÉZA. Nyíregyháza: Szabolcs-Szatmár-Bereg Megyei Önkormányzat Levéltára 2000. 591 S. = Szabolcs-Szatmár-Bereg Megyei Levéltár kiadványai II. Közlemények 22.

Der Sammelband beinhaltet vor allem bisher unedierte Dokumente des Komitatsarchivs in Nyíregyháza. Nur für das bessere Verständnis der Zusammenhänge sind vereinzelt bereits veröffentlichte Schriften wieder abgedruckt worden. Es seien hier einige Briefe von Lajos Kossuth, dem führenden Politiker des ungarischen Freiheitskampfes, an das Komitat Szabolcs zu nennen. Das publizierte Material enthält sowohl die Schreiben von Landesbehörden an das Komitat als auch die Kopien der Briefe, die vom Komitat an diese Behörden geschickt wurden. Die wichtigste Quelle stellen die Protokolle der Stadtvertretung von Nyíregyháza dar, doch diese sind leider sehr mangelhaft, weil die meisten Eintragungen zu den Er-

eignissen nach der Niederschlagung des Freiheitskampfes unleserlich gemacht wurden. Die Protokolle und andere Schriftstücke der Komitatsorgane sind hinwiederum fast lückenlos erhalten geblieben. Deshalb besteht diese Quellensammlung hauptsächlich aus diesem reichhaltigen Material.

Die Einführung erläutert die Auswahlprinzipien: Bevorzugt wurden außer den unmittelbaren Ereignissen des Freiheitskampfes die Verwaltung des Komitats und seiner Gemeinden, die Rechtsprechung, mithin das Verhältnis des kleinen Mannes zu den Behörden. Die Dokumente spiegeln den Alltag der verschiedensten Schichten der Gesellschaft wieder, erhellen die Freuden und Sorgen von Beamten, Klein- und Mitteladligen, Geistlichen, Lehrern, befreiten Bauern, landwirtschaftlichen Bediensteten, Handwerkern, Kaufleuten, Nationalgardisten, gemeinen Soldaten beziehungsweise deren zuhause gebliebenen Familienangehörigen oder Witwen und Waisen. Einige Schriftstücke beschäftigen sich mit den Versorgungsschwierigkeiten, der Inflation, der Gesundheitslage, der öffentlichen Sicherheit, den Verkehrsverhältnissen und den Problemen der Nachrichtenübermittlung. Die Dokumente erlauben einen Einblick in die Tätigkeit der Verwaltungsorgane und anderer Dienststellen, und man lernt die Beamten und deren Denkweise sowie den in den verschiedenen Gremien herrschenden Geist kennen.

Bei dieser Vielfalt können die angesprochenen Themen freilich nicht im Detail aufgeführt werden. Es wird an dieser Stelle nur der Weg der Honvéds (*Landwehr*) und Nationalgardisten aus Szabolcs zu skizzieren sein, wobei die Umstände ihrer Rekrutierung und ihre Einsätze im Freiheitskampf angesprochen werden.

Der Gesetzartikel XXII vom Jahre 1848 verfügte die Aufstellung einer Nationalgarde. Ministerpräsident Lajos Graf Batthyány erließ am 16. Mai in diesem Sinne einen Aufruf an das Land, der zur Meldung von Freiwilligen für die Bildung von 10 Bataillonen aufforderte. Die Rekrutierung stieß stellenweise, wie auch im Komitat Szabolcs, auf Ablehnung. In Máriapócs mußte am 22. Mai Militär angefordert werden, weil »Aufwiegler« – die vollständige Aufteilung des Grundbesitzes fordernd – die Männer von der Musterungskommission fernzuhalten versuchten. Von 25 Angeklagten wurden wenige Tage später 22 Personen verurteilt, die beiden Hauptakteure erhielten jeweils sechs Jahre Haft »bei wöchentlich zweimaligem Fasten und kurzem Eisen, erschwert durch das Verbot von Spirituosen«. Auch der griechisch-katholische Mönch Vince Odlivák war in die Affäre verwickelt. Es überrascht, daß man bereits zu diesem Zeitpunkt an das Eingreifen russischer Truppen dachte, für deren Empfang weiße Fahnen aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt werden sollten(!). Man klagte am 5. Juni auch über die »aufrührerische Neigung« der Einwohner von Érkenéz (*Voivozi*).

Vizespan László Péchy berichtete am 7. August 1848 im Zentralausschuß des Komitats, daß im Komitat Friede und Ruhe herrsche und es auch in gesundheitlicher Hinsicht keinen Anlaß zur Sorge gebe. Der in Pest weilende Obergespan habe ihm ferner mitgeteilt, daß der Kriegsminister Nationalgardisten gegen die aufrührerischen Raitzen in den Raum Szeged zu entsenden beabsichtige, und zwar 1.000 oder 1.500 Mann aus Szabolcs, wobei die Freiwilligkeit zu garantieren sei, damit die so schon bestehende Abneigung des gemeinen Volkes gegen den Dienst in der Nationalgarde nicht durch Zwang noch größer werde. Besäßen die Nationalgardisten keine Schußwaffen, würden sie provisorisch mit Sensen und Lanzen versehen werden. Der Vizespan berichtete dem Obergespan am 8. August, daß es in Szabolcs zwar genügend Wünsche für die Rettung des Vaterlandes gebe, bloß der Eifer fehle dazu. Es hätten sich kaum 100 Freiwillige für den Einsatz gemeldet. Am 11.

September 1848 wurde im Zentralausschuß beschlossen, die Anzahl der Panduren im Komitat einstweilig auf 100 zu erhöhen und diese unter die Befehlsgewalt der Gendarmen zu stellen, weil sich viele junge Männer wegen der Aushebung in Feldern und Wäldern versteckt hätten und die öffentliche Sicherheit gefährden könnten.

Das Komitat Sathmar (*Satu Mare, Szatmár*) berichtete über aufrührerische Bewegungen unter den Nationalitäten und forderte Hilfe von Szabolcs an (7. Oktober). Auch aus Marmarosch (*Maramureş, Máramaros*) trafen dort Hilfsansuchen ein, nachdem Einheiten des kaiserlichen Oberstleutnants Karl Urban aus Galizien nach Borsa (*Băile Borşa*) gekommen waren und Rumänen für die Armee des »Kaisers« anwerben wollten (12. Oktober). Im Komitat Bereg erschien das »den Ungarn gegenüber feindlich gesinnte Militär« ebenfalls, und angesichts dieser Bedrohung forderte man auch von dort die Entsendung von Nationalgardisten aus Szabolcs an (13. Oktober). Der Zentralausschuß dieses Komitats meldete allerdings bereits am 20. Oktober Nagykálló den Abzug der österreichischen Kompanie und damit die Hinfälligkeit des Hilfsersuchens. Der Zentralausschuß des Komitats Zemplin (*Zemplén*) machte Szabolcs später Vorwürfe, darüber nicht unverzüglich informiert worden zu sein, weil man sich dann die Ausgaben für die Truppenbewegungen zur Entwaffnung des feindlichen Militärs(!) hätte ersparen können. Der in Siget (*Sighetu Marmăției, Máramarosziget*) eingesetzte Regierungskommissar Gábor Mihály schließlich dankte dem Zentralausschuß von Szabolcs für die Hilfe seiner Nationalgardisten (1. November).

Am 25. Oktober ersuchte Klausenburg (*Cluj-Napoca, Kolozsvár*) das Komitat Szabolcs um die Entsendung von Nationalgardisten gegen die aufsässigen Rumänen, die auch von der »undankbaren sächsischen Nation« sowie dem »ruchlosen walachischen Grenzbataillon« des Oberstleutnants Urban unterstützt würden. Die aus Marmarosch abgezogenen bewaffneten Verbände wurden auf Beschluß des Zentralausschusses in das ebenfalls bedrohte Komitat Mittel-Szolnok (*Közép-Szolnok*) verlegt (6. November). Von Klausenburg erging die Bitte an den genannten Regierungskommissar, der auch über Nationalgardisten aus Szabolcs verfügte, »wenn vorhanden, Waffen, aber jedenfalls 2-4 Kanonen mit mindestens einigen Kanonieren, ferner Schießpulver und Kugeln, oder mindestens Blei, und wenn die dortigen Verhältnisse es erlauben, belieben Sie einen Teil Ihrer Truppen [...] zum Schutze der siebenbürgischen Teile, und besonders des Gebiets um Desch (*Dej, Dés*), zu entsenden« (24. Oktober).

Nachdem die ungarische Armee am 13. November bei Neuschloß (*Gherla, Szamosújvár*) eine Niederlage erlitten und sich nach Klausenburg zurückgezogen hatte, ergriffen auch die nach Klausenburg beorderten Nationalgardisten aus Szabolcs die Flucht. Die Städte Mittelstadt (*Baia Sprie, Felsőbánya*) und Frauenbach (*Baia Mare, Nagybánya*) huldigten Meldungen zufolge am 30. November bereits Urban. Der Zentralausschuß von Szabolcs beschloß deshalb am 4. Dezember, für das in Nyíregyháza kurz zuvor aufgestellte 43. Honvédbataillon sowie die in Nyírbátor und Gyulaj zusammengezogenen 1.800 Nationalgardisten – bis sie mit ordentlichen Schußwaffen versehen werden könnten – zu Lasten der Komitatskasse 4.000 Lanzen herstellen zu lassen, die leichter zu bedienen seien als Sensen und vor allem stärker wären als Eisengabeln. Man beschloß auch die Aufstellung einer 200 Mann starken Reitertruppe. Auf Anregung der Stadt Sathmar (*Satu Mare, Szatmárnémeti*) wurde schließlich zur Koordinierung der Aufgaben ein Verteidigungsausschuß unter Vorsitz des Vizegspans gebildet.

Das in Nyírbátor stationierte 2. Nationalgardebataillon sollte notfalls dem Komitat Sathmar zur Verfügung gestellt werden. Nachdem das österreichische Militär jedoch den Raum von Frauenbach verlassen hatte und zur Sicherung des Gebietes bereits zwei Honvédbataillons unterwegs gewesen waren, fragte der genannte Verteidigungsausschuß von Szabolcs am 8. Dezember in Sathmar an, ob man das Nationalgardebataillon aus Kostengründen nicht provisorisch auflösen könnte. Unter dem Eindruck der als nutzlos empfundenen Stationierung der Nationalgardisten in Nyírbátor und der Anordnung General Bems, der auf die Verwendung von Nationalgardisten aus Szabolcs verzichtete und sie am 11. Dezember nach Hause geschickt hatte, bat der Verteidigungsausschuß von Szabolcs den Landesverteidigungsausschuß in Pest am 14. Dezember um neue Instruktionen. Um den Vormarsch des kaiserlichen Generals Schlik von Tokaj her aufzuhalten, verfügte der Verteidigungsausschuß in Nagykálló dann am 16. Dezember, die Nationalgardisten nach Rakamaz zu verlegen und informierte den Zentralausschuß des Komitats Zemplin noch am selben Tag über diese Maßnahme.

Das Komitat Marmarosch ersuchte am 26. Dezember Szabolcs erneut um Hilfe aufgrund neuer Unruhen, jedoch kämen nur Nationalgardisten mit Bajonett- oder Jagdgewehren in Frage. Szabolcs verwies am 3. Januar 1849 auf die Verfügungsgewalt der Regierungskommissare Ödön Beöthy und Bertalan Szemere, allerdings könnte das Komitat derart ausgerüstete Nationalgardisten, in Ermangelung solcher Gewehre, gar nicht schicken.

Lajos Kossuth verfügte als Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses mit der Verordnung vom 16. Dezember die Aufstellung einer »beweglichen Nationalgarde« (*mozgó nemzetőrség*) aus Freiwilligen anstelle der früheren ungeordneten und waffenungeübten Einheiten der Nationalgarde. Jedes Komitat solle seine eigene bewegliche Nationalgarde aufstellen, die den Feind nicht in geschlossener Schlachtordnung, sondern durch deren Beunruhigung mit allen verfügbaren Mitteln, zu Fuß oder zu Pferde, nach Art der Guerillas bekämpfen sollten. Der Zentralausschuß des Komitats verhandelte am 3. Januar 1849 über die Maßnahmen zur Aufstellung einer 300 Mann starken Kavallerietruppe sowie einer beweglichen Kavallerietruppe von 100 Mann. 58 Strafgefangene mit geringeren Delikten hätten sich dafür bereits gemeldet, und die fehlenden 42 Mann sollten durch Anwerbung hinzugeholt werden. Verschiedene Vergünstigungen – bei den Gefangenen Straferlaß – sollten den Werbungserfolg sicherstellen. Kossuth wurde noch am selben Tag über die Bereitschaft des Komitats, eine bewegliche Nationalgarde aufzustellen, informiert. Der Vorsitzende des Landesverteidigungsausschusses erklärte in seiner Antwort vom 13. Januar, man würde sich mit einer – größtenteils aus Reitern bestehenden – 2.000 Mann starken Nationalgarde zufriedengeben. Diese würde, versicherte Kossuth, außer im Falle des Landsturms (*népfelkelés*), nicht außerhalb des Komitats eingesetzt. Der Zentralausschuß von Szabolcs erwiderte zwei Tage später, »die Truppenstärke von 2.000 Mann würde vielleicht etwas zu hoch gegriffen sein«, doch er versprach, in der kürzestmöglichen Zeit das größtmögliche Kontingent zu stellen. Der Antrag des Komitats, für die Kosten einen Vorschuß von der Regierung zu erhalten, wurde von Kossuth ablehnend beschieden (18. Januar). Gleichfalls am 15. Januar wurde im Zentralausschuß über den Brief Kossuths vom 8. Januar verhandelt, in dem er den allgemeinen Landsturm, als Antwort auf die Thronbesteigung Franz Josephs, auch für das Komitat Szabolcs angeordnet hatte.

Die Schreiben von Kossuth an das Komitat vom 14. und vom 20. Januar bezüglich der Aufstellung einer beweglichen Nationalgarde wurden im Zentralausschuß

am 5. März behandelt. Kossuth rechnete nunmehr mit einem Kontingent von 1.500 beziehungsweise 1.200 Mann; im zweiten Falle sollten es ausschließlich Berittene sein. Die Kosten habe das Komitat vorzustrecken; der Fiskus zahle zunächst 20.000, und später, wenn die Regierung den Stellungserfolg sehe, nochmals weitere 20.000 Forint. Die bewegliche Truppe brauche keine Uniformen, auch müßten nicht alle mit einem Schießgewehr ausgerüstet sein. »Es genügt, wenn nur so viele [ein Schießgewehr] haben, daß sie den Feind mit großem Getöse beunruhigen können. Ein Säbel, eine Spitzhacke, ein Fokosch [ungarische Waffe: Stock mit Axtgriff], eine Kurzstielsense oder eine Lanze entsprechen vollkommen dem Zweck«, schrieb Kossuth.

Mihály Répásy, Befehlshaber der Ungarischen Armee an der Mittleren Theiß in Törökszentmiklós, bat am 9. Februar 1849 das Komitat Szabolcs, ihm 300 Rekruten zur Ergänzung des 48. Honvédbataillons zur Verfügung zu stellen. Das vom Komitat Szabolcs im vorausgegangenen September aufgestellte Bataillon sei im Felde und durch den schweren Dienst auf den Stand von kaum 650 Mann zusammengeschrumpft. Dies sei nur die Hälfte des Sollstandes, »die übrigen sind vor dem Feinde und in den Krankenhäusern geblieben oder starben«. Das Komitat teilte dem General mit, daß es aufgrund der vom Kriegsministerium festgesetzten Quote noch 191 Rekruten zu stellen habe, die es dem 48. Bataillon mit Einverständnis des Kriegsministeriums gerne zur Ergänzung überlassen würde. (Nach Berechnung des Komitats wären nur 154 Mann zu stellen, denn 25 Mann seien beurlaubt und 12 untergetaucht, deren Ergreifung von den zuständigen Beamten streng einzufordern wäre.) Die Antwort des Kriegsministeriums ist nicht bekannt. Der General wechselte indessen bald in die Rekrutierungsabteilung des Kriegsministeriums über und gab von dort Szabolcs am 4. Mai Anweisungen zur Rekrutierung der 867 Mann, die von den 50.000 im Reichstag bewilligten Rekruten auf Szabolcs entfallen waren. Das Komitat traf die nötigen Maßnahmen, und die Rekrutierung kam erst wieder in der Sitzung vom 4. Juni zur Sprache, als nichts über Erfolge gesagt wurde. Über das weitere Schicksal des 48. Honvédbataillons informiert der Tagesbefehl des Oberbefehlshabers General Artúr Görgey vom 4. Juli 1849, wonach sich das Bataillon am 20. Juni und 2. Juli in den Kämpfen bei Komorn (*Komárno, Komárom*) besonders ausgezeichnet hatte.

Infolge des Einfalls starker russischer Kräfte wurde am 19. Juni ein militärisches Oberkommando in Tokaj eingerichtet, mit der Aufgabe, die Überquerung der Theiß durch den Feind mit allen Mitteln zu verhindern. Zu diesem Zweck wurde alles Militär im Raum Tokaj, somit auch Nationalgardisten aus den Komitaten Abaúj, Zemplin und Szabolcs, der Befehlsgewalt des Oberkommandierenden unterstellt. Vizegespan Péchy berichtete dem Obergespan am 25. Juni über seine Maßnahmen in Szabolcs: Ausrufung des Landsturms, die Stuhlrichter sollen »das Volk gemeindeweise mit Eisengabeln und Sensen bewaffnet und mit einer Achttagesperation versehen sofort zum Theiß-Ufer in Marsch setzen«. Es nutzte nichts, die Russen drangen über die Theiß und besetzten weite Teile am linken Theißufer. Kossuth erfuhr es »mit Entrüstung«, bezichtigte die geflohenen Beamten der »Feigheit« und ernannte den Abgeordneten Gábor Sillye mit allen Vollmachten zum Regierungskommissar für Szabolcs, den Haiduckenbezirk und die Stadt Debreczin (6. Juli). Die Anstrengungen waren erfolgreich, Oberst János Korponay, der Anführer des Landsturms, konnte Szabolcs bereits am 17. Juli mitteilen, daß das linke Theißufer vollkommen gesichert sei. Mit diesem Dokument, in dem er die Maß-

nahmen erläutert, welche die endgültige Sicherung gewährleisten sollten, schließt das Buch.

Die mit viel Sorgfalt zusammengestellte Dokumentensammlung zeichnet sich durch einen hilfreichen Anmerkungsapparat und ein ausführliches Register aus. Sie wird allen jenen nützliche Informationen bieten, die sich für die Geschichte des ungarischen Freiheitskampfes von 1848/1849 aus dem besonderen Blickwinkel eines ostungarischen Komitates interessieren.

Adalbert Toth

München

KISZELY, GÁBOR: *ÁVH. Egy terrrorszervezet története* [ÁVH. Die Geschichte einer Terrororganisation]. Budapest: Korona 2000. 378 S.

Kiszely beschreibt in seinem Buch eines der düstersten Kapitel der jüngsten ungarischen Geschichte. Anfang Februar 1945, als die Rote Armee Budapest noch nicht vollständig erobert hatte (in Buda fanden weiterhin heftige Kämpfe statt), bildete sich in Pest bereits die Keimzelle jener Behörde, die später eine der mächtigsten Organisationen in Ungarn wurde und jahrzehntelang Angst und Schrecken sowie im ganzen Land viel Unheil verbreitete. Diese Organisation hieß anfangs Politische Polizei. Im Oktober 1946 wurde sie zur Abteilung für Staatsschutz der Staatspolizei (*Államrendőrség Államvédelmi Osztálya, ÁVO*), umbenannt. Im offiziellen Sprachgebrauch und in der Bevölkerung benutzte man nur das Namenskürzel ÁVO. Im September 1948 erhielt die ÁVO den Status einer selbständigen Behörde und wurde fortan als ÁVH (*Államvédelmi Hatóság*, Behörde für Staatsschutz) bezeichnet. Sie war formell dem Innenministerium untergeordnet, aber ihre Direktiven kamen ausschließlich vom innersten Zirkel der ungarischen KP-Führung. Die ÁVO/ÁVH operierte selbständig und selbstherrlich, nach Anweisungen der KP-Führungstrioika Rákosi – Farkas – Gerő.

Der Chef der Politischen Polizei (später ÁVO/ÁVH) war seit Anfang Februar 1945 der ehemalige Schneidergeselle und illegale Kommunist Gábor Péter. Die Politische Polizei bestand zuerst aus einem einige Hundert Personen umfassenden, bunt zusammengewürfelten Haufen meist zwielichtiger Existenzen. Niemand wußte genau, wer sie angeworben oder ernannt hatte, aber sie befolgten die Anweisungen der ungarischen kommunistischen Partei. Die anfängliche Tätigkeit dieser Behörde war die Verhaftung von »Kriegsverbrechern« oder Leuten, die als »Reaktionäre« bezichtigt wurden. Beide Begriffe wurden außerordentlich dehnbar verwendet. Gleichzeitig wurden zur Verurteilung der »Kriegsverbrecher« die Volksgerichtshöfe aufgestellt. Obwohl diese harte Urteile fällten, wurden von den 59.000 vor diese Gerichte gestellten Beschuldigten weniger als die Hälfte, etwa 27.000 Personen, verurteilt. Dabei wurden 189 Todesurteile vollstreckt. Polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Untersuchungen waren ursprünglich sogar gegen 90.000 Personen eingeleitet worden. Anhand dieser Zahlen wird ersichtlich, daß die Politische Polizei oft auch aus geringfügigstem Anlaß oder aufgrund von falschen Anschuldigungen gegen Zehntausende Verfahren einleitete. Die Betroffenen wurden zumeist inhaftiert oder interniert. Die Kerker der ÁVH waren berüchtigt, da die Zustände dort grausam waren, viele Verhaftete geschlagen, gefoltert oder sogar zu Tode geprügelt wurden. Die Zahl der Angehörigen der ÁVH wuchs rapide und

betrug 1948 schon etwa 2.000 Personen. In den folgenden Jahren wurde ihre Zahl weiter erhöht. Kurz vor der Revolution von 1956 standen etwa 6.000 Personen im Dienste der ÁVH. Obwohl die Partei der kleinen Landwirte bei den Wahlen im September 1945 die absolute Mehrheit (57 Prozent) errungen hatte (die Sozialdemokraten erhielten 18 Prozent, die Kommunisten 17 Prozent), mußte sie auf Druck der sowjetischen Besatzer eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten und Kommunisten sowie mit der Bauernpartei bilden. Die Kommunisten erhielten Schlüsselpositionen, unter anderem auch das Innenministerium und damit die Kontrolle über die ÁVO.

Alle anderen Parteien besaßen überhaupt keinen Einfluß auf diese Organisation. Den sozialdemokratischen Justizminister Valentiny, der einmal eine Kontrolle durchführen wollte, ließ man nicht einmal das Gebäude der ÁVO-Zentrale in Budapest betreten. Er wurde sogar 1950 verhaftet, anschließend als Gefangener in die ÁVO-Zentrale eingeliefert und dort gefoltert. Dieses Gebäude an der Andrásy-Allee (später umbenannt in Stalin-Allee) umfaßte einen ganzen Häuserkomplex, der vormals das Hauptquartier der ungarischen nationalsozialistischen Pfeilkreuzler-Partei beherbergt hatte.

Parallel zur ÁVO existierte im Rahmen des Innenministeriums eine Wirtschaftspolizei und im Verteidigungsministerium eine militärpolitische Abteilung. Beide standen ebenfalls unter dem Einfluß der KP. Auch sie hatten sogenannte Staatsschutzaufgaben, wurden aber nie so mächtig und einflußreich wie die ÁVO. Der Leiter der ÁVO, Gábor Péter, betrachtete die beiden Abteilungen als Konkurrenzorganisationen und erreichte, daß sie später aufgelöst beziehungsweise in die ÁVO integriert wurden. Die kommunistische Partei benützte diese Organisationen als Machtinstrumente zur Schwächung und zur Zerstörung der anderen Parteien, meist mit Hilfe von Verhaftungen und unter Folter erpreßten Geständnissen. Bis Ende 1948 wurden die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten unter kräftiger Mithilfe der ÁVO praktisch zerstört beziehungsweise funktionsunfähig gemacht. Um die Verstaatlichung von ausländischen Firmen begründen zu können, verhaftete die ÁVO ihre Direktoren und erpreßte unter Folter Geständnisse, die praktisch aus der Luft gegriffen waren. Im Anschluß wurden sie vor Gericht gestellt und wegen angeblicher Spionage und Sabotage verurteilt. Einige ungarische Firmenleiter wurden hingerichtet und die ausländischen Unternehmen verstaatlicht. Die kommunistische Partei bekämpfte ebenso heftig die kirchlichen Gemeinschaften, insbesondere die katholische.

Anfang 1949 wurde sogar der Kardinal von Gran (*Esztergom*), József Mindszenty, in einem Schauprozeß zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, nachdem er wochenlang im ÁVH-Hauptquartier unter der Leitung von Gábor Péter grausam gefoltert und geschlagen worden war. 1951 verurteilte man den Erzbischof von Kalocsa, József Grösz, ebenfalls in einem Schauprozeß unter falschen Anschuldigungen zu fünfzehn Jahren Gefängnis. Gegen katholische Priester fanden jahrelang zahlreiche Prozesse statt, wobei auch etliche Dutzend Todesurteile vollstreckt wurden.

Die politisch bedingten Verhaftungen nahm die ÁVH vor. Die Verhöre führte man in eigener Regie durch, wobei mangels konkreter Beweise die Geständnisse meist unter Folter erzwungen wurden. Innerhalb der ÁVH bildete man Schlägergruppen, welche die Aufgabe hatten, die Verhafteten so lange zu schlagen, bis sie bereit waren, die vorfabrizierten Geständnisse zu unterschreiben.

Die Partei bestimmte, welche Fälle als politische Taten zu gelten hatten. Es wurden oft Unfälle oder harmlose kritische Bemerkungen zu Sabotageakten oder hochpolitischen Fällen aufgeblasen und entsprechend hart bestraft.

Die Prozesse wurden vorher von der Parteileitung beschlossen und angeordnet. Die Richter und Staatsanwälte für die politischen Prozesse wählte Gábor Péter beziehungsweise die Parteizentrale aus. Die Höhe der Strafe legte in der Regel ebenfalls die Parteileitung oder die ÁVO fest.

Die Anklageschriften, richtigerweise die Drehbücher der Prozesse (Anschuldigungen, Fragen, Antworten, das Verhalten der Angeklagten vor dem Gericht) arbeitete auch die ÁVO aus. Die Verhafteten wurden in den ÁVH-Folterkammern nach wochenlangen brutalen Verhören zu unwahren, oft zu schier abenteuerlichen Geständnissen gezwungen, welche dann als Anklagepunkte dienten. Konkrete Beweise für die Schuld der Angeklagten lagen kaum vor. Angeklagte wie Zeugen wurden mit Folter und falschen Versprechungen zur Aussage genötigt. Die Anklagepunkte waren meist dem politischen Schlagwortkatalog entnommen, wie Verschwörung, Hochverrat, Sabotage, staatsfeindliche Tätigkeit und ähnliches. Diese Prozesse waren eine juristische Farce, auch deshalb, weil sogar die damals gültigen Vorschriften der Strafprozeßordnung ignoriert beziehungsweise laufend verletzt wurden. Neben den großen Schauprozessen gab es viele Verfahren von lokaler Bedeutung mit gleichfalls drastischen Strafen. Die Zahl derjenigen Personen, die von der ÁVH grundlos oder wegen geringfügigen Anlasses verhaftet, gefoltert, danach ohne Gerichtsurteil längere Zeit festgehalten und schließlich irgendwann einmal freigelassen wurden, war ebenfalls bedeutend. Die Partei wollte damit die Bevölkerung so einschüchtern, daß sie keine Kritik mehr wagen sollte.

Einer der berüchtigsten Schauprozesse fand gegen den ehemaligen kommunistischen Innen- und Außenminister László Rajk sowie gegen seine Mitangeklagten statt. Rajk, der als Innenminister in seinen Methoden auch nicht gerade zimperlich war, beabsichtigte, die ÁVH stärker zu kontrollieren und enger in das Innenministerium einzubinden. Diese Absicht mißfiel Gábor Péter und dem Politbüromitglied Mihály Farkas, sie wollten ihn deshalb kaltstellen. Dabei wurden sie vom ersten Parteisekretär, Mátyás Rákosi, unterstützt. Rajk und zwei Mitangeklagte wurden in einem Schauprozess zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die übrigen Angeklagten erhielten langjährige Freiheitsstrafen.

Hier spielte auch der damalige Innenminister und ehemalige Freund von Rajk, János Kádár, eine unrühmliche Rolle. Er nahm an den Folterungen Rajks teil. Die Prozeßwelle ging weiter; in mehreren Geheimverfahren wurden Armeegeneräle, ehemalige Kommunisten sowie Sozialdemokraten abgeurteilt, weitere zwei Dutzend Personen hingerichtet. Selbst Kádár wurde 1951 verhaftet und verurteilt. Die 1945 aus Moskau zurückgekehrte Parteiführung eliminierte auf diese Weise fast alle ehemaligen illegalen Kommunisten und linken Sozialdemokraten aus führenden Positionen, obwohl sie Rákosi vorbehaltlos unterstützt hatten. Kurz vor Stalins Tod plante man in der Sowjetunion sogenannte »antizionistische« Prozesse. In Ungarn wurden mehrere leitende Funktionäre der ÁVH, darunter Gábor Péter, aus dem gleichen Grund verhaftet. Nach Stalins Tod wurde die Anklage des Zionismus fallen gelassen, allerdings wurden Péter und mehrere hohe ÁVH-Offiziere wegen Folterung von kommunistischen Funktionären zu Freiheitsstrafen verurteilt. Allerdings kamen sie spätestens nach einigen Jahren alle frei. Keiner wurde dafür bestraft, daß er zahlreiche Unschuldige, die keine Kommunisten waren, folterte und zu falschen Geständnissen zwang.

Während des Aufstandes 1956 richtete sich in Ungarn der Volkszorn gegen die Angehörigen der ÁVH, zumal sie mehrere Blutbäder unter der unbewaffneten Bevölkerung angerichtet hatten. Deshalb forderte die Bevölkerung die sofortige Auflösung der ÁVH, die auch erfolgte. Während der Revolution verlor das Innenministerium 155 Mitarbeiter, darunter 94 von der ÁVH. Demgegenüber hatte die Bevölkerung etwa 3.000 Tote zu beklagen.

Kádár hatte nach der sowjetischen Intervention die ÁVH zwar formal aufgelöst, jedoch gleichzeitig umorganisiert. Die Mitglieder der ÁVH bildeten das Rückgrat der zur Terrorisierung der Bevölkerung aufgestellten sogenannten Revolutionären Ordnungsmacht (*Forradalmi Karhatalom*). Die Bevölkerung bezeichnete sie nach ihren russischen Militärmänteln verächtlich »pufajkások«. Während der Kádárschen Vergeltung gegen die Aufständischen (1957-1961) waren die meisten Verhörbeamten ehemalige ÁVH-Offiziere. Auch der Imre Nagy-Prozeß wurde von einst hohen ÁVH-Offizieren vorbereitet. Die Machtkontinuität der ÁVH bestand nach 1956 weiter. Zwar nicht formell, aber der größte Teil ihrer Mitglieder kam im Machtapparat der Kádár-Ära unter. Nicht nur im Innenministerium, sondern auch in führenden Positionen und im mittleren Management von Wirtschaft, Finanzen, Industrie, Verlagswesen und in den Medien. Es war ein langer, erfolgreicher Marsch durch die Institutionen.

Kiszely hat mit seiner Monographie über die ÁVH eine bedeutende Lücke in der ungarischen Nachkriegsgeschichtsschreibung geschlossen, da dieses brisante Thema in Ungarn bisher nicht umfassend behandelt wurde. Teilbereiche – wie die einzelnen Schauprozesse – wurden schon detailliert beschrieben, aber ein Gesamtüberblick über die Geschichte der ÁVO/ÁVH fehlte noch. Der Verfasser hat zahlreiche Originaldokumente und umfangreiche Literatur über das kommunistische System in Ungarn in seinem Werk verarbeitet. Nach jedem Kapitel (insgesamt zwölf) werden nicht nur zahlreiche Literaturhinweise angeführt, sondern auch viele Erläuterungen gegeben sowie Lebensläufe von Opfern und Tätern kurz zusammengefaßt.

Kiszely hat mit seinem Buch nicht nur das System und dessen Strukturen beschrieben, er veröffentlichte auch eine Namensliste der wichtigsten ÁVO/ÁVH-Mitarbeiter. Keiner von diesen wurde wegen Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen. Auch nicht nach 1990. Mit der Geschichte der Terrororganisation ÁVO/ÁVH leistete Kiszely einen wichtigen und notwendigen Beitrag zur Erforschung der Zeitgeschichte in Ungarn.

György Harsay

München

RAINER, JÁNOS M.: *Nagy Imre. Politikai életrajz. Második kötet: 1953-1958* [Imre Nagy. Politische Biographie. Band II: 1953-1958]. Budapest: 1956-os Intézet 1999. 486 S., zahlr. Abb.

Der Historiker János Rainer, Leiter des Budapester 1956er Instituts (*1956-os Intézet*), hat sich auf die ungarische Revolution spezialisiert. Er veröffentlichte bereits eine große Anzahl von wissenschaftlichen Arbeiten zu diesem Thema. Der erste Band seiner Imre-Nagy-Biographie, der die Zeit bis 1953 umfaßt, ist in Budapest 1996 erschienen (besprochen vom Rezensent im *Ungarn-Jahrbuch* 23 (1997) 416-417). Rainer

hat jahrelang in ungarischen wie sowjetischen Archiven geforscht, Zeitzeugen befragt, insbesondere auch diejenigen, die Imre Nagy persönlich kannten. So enthalten seine beiden Bände zahlreiche Einzelheiten über Nagys Leben und die politischen Ereignisse jener Zeit, die der breiten Öffentlichkeit bis heute zumeist unbekannt waren.

Der nun vorliegende zweite Band umfaßt die Periode 1953-1958, die sowohl im Leben Imre Nagys als auch in der Geschichte Ungarns von entscheidender Bedeutung war. Nagy wurde nach Stalins Tod im Juni 1953 Ministerpräsident Ungarns. Die Initiative dazu ging von Moskau aus, da die sowjetische Führung mit der gespannten wirtschaftlichen und politischen Situation in Ungarn unzufrieden war und dafür die damalige kommunistische Führung, insbesondere Mátyás Rákosi, verantwortlich machte. Rákosi mußte zwar als Ministerpräsident zurücktreten, blieb aber erster Parteisekretär und behielt damit weiterhin seine politische Macht. Imre Nagy erschien Moskau als geeigneter Nachfolger, da er mehr als zehn Jahre in der Sowjetunion verbracht hatte und als hervorragender Agrarfachmann galt. Es ist interessant, daß selbst die sowjetischen Führer die ausufernden Repressionen Rákosis gegen die ungarische Bevölkerung kritisierten. Rákosi und seine Funktionärsclique versuchten von Anfang an das Regierungsprogramm Nagys zu sabotieren und zu unterminieren. Zu den Zielsetzungen der Regierung Nagy gehörte die Anhebung des stark gesunkenen Lebensstandards der Bevölkerung und die Aufhebung der extremen Unterdrückungsmaßnahmen. Die überzogenen Budgetausgaben für das Militär und für das Innenministerium wurden gesenkt. Kostspielige und nicht rentable Prestigeinvestitionen im Bereich der Schwerindustrie wurden gestoppt. Die Amnestiemaßnahmen betrafen Strafverfahren gegen 748.000 Personen (bei einer Bevölkerung von 10,5 Millionen). Etwa 16.000 politische Häftlinge (von insgesamt 40.000) wurden aus den Gefängnissen entlassen.

Die meisten von ihnen waren wegen angeblicher politischer Beschuldigungen verurteilt oder einfach ohne Gerichtsverfahren inhaftiert worden. Auch über 20.000 Internierte und Zwangsumgesiedelte wurden freigelassen. Allerdings durfte nur ein kleiner Teil letzterer an den ursprünglichen Wohnort und Arbeitsplatz zurückkehren. Dennoch verblieb eine große Anzahl politischer Häftlinge in den Gefängnissen, darunter katholische Geistliche wie Kardinal Mindszenty, Sozialdemokraten und sonstige Verurteilte. Auch etliche in Ungnade gefallene kommunistische Helfershelfer Rákosis, wie János Kádár, waren inhaftiert. Letzterer kam 1954 frei.

Das Los der Bauern wurde durch Senkung der drückenden Zwangsabgaben, die einen erheblichen Teil der Ernte ausmachten, erleichtert. Zahlreiche landwirtschaftliche Genossenschaften, die unter massivem politischen Druck entstanden waren, lösten sich selbst auf. Diese Maßnahmen fanden ein sehr positives Echo in der Bevölkerung und erhöhten das Ansehen Nagys außerordentlich. In Moskau dagegen verfolgte man diese Entwicklungen mit Mißtrauen, zumal die sowjetische Führung weiterhin die verstärkte Industrialisierung – zu Lasten der Landwirtschaft – favorisierte. Gleichzeitig intrigierte die ungarische Parteiführung in Moskau gegen Nagy und seine Politik und behinderte die Maßnahmen seiner Regierung. Die sowjetische Führung beorderte Nagy nach Moskau, und nachdem er nicht die gewünschte Selbstkritik geübt hatte, wurde er im März 1955 abgelöst. Rákosi und seine Funktionärsclique übernahmen wieder die Macht in Ungarn.

Sie hoben die Maßnahmen Nagys teilweise auf und versuchten, mit geringen Korrekturen zum alten politischen Kurs zurückzukehren. Die Bevölkerung reagierte verbittert und schockiert. Nagy wurde als rechter Abweichler aus der Partei

ausgeschlossen und schikaniert. Rainer analysiert die Maßnahmen und politischen Ideen Nagys während seiner nur siebzehn Monate dauernden Amtszeit als Ministerpräsident des Landes sowie seine Wirkung auf die Bevölkerung differenziert und zutreffend. Er stellt fest, daß Nagy während dieser Zeit an den Machtstrukturen zwar wenig, aber an der Art der Machtausübung im positiven Sinne vieles verändern konnte. Sein Einfluß auf den seelischen Zustand der ungarischen Gesellschaft war erheblich, da seine Maßnahmen den brutalen politischen Druck auf die Bevölkerung verminderten, welche darauf mit Freude und Zustimmung reagierte. Nach seiner Absetzung lebte Nagy zunächst zurückgezogen, schrieb aber sehr viel. In seinen Schriften, die nach 1956 in den Westen gelangten und dort publiziert wurden, setzte er sich mit seinen Gegnern auseinander und entwickelte eigene politische Konzepte. Seine Ansichten teilte er meist auch der Parteiführung mit. Unterstützung erhielt er von kritischen Intellektuellen, von der Bevölkerung und auch von einigen Politikern. Die Parteiführung schaltete zwar wieder auf einen härteren Kurs, insbesondere gegen die Oppositionellen, andererseits wurde sie zunehmend unsicherer, vor allem nach dem XX. Kongreß der sowjetischen kommunistischen Partei. Die ungarische Parteiführung versuchte stur, den alten Kurs beizubehalten, zeigte kaum Flexibilität und unterdrückte die kritischen Stimmen. Nachdem in der Sowjetunion zunehmend über die Verbrechen Stalins geredet wurde, stellte man auch in Ungarn immer mehr Fragen nach den zahlreichen Verbrechen Rákosis und seines Regimes. Rainer beschreibt anhand der Quellen ausführlich die diesbezüglichen Diskussionen beispielsweise im Petöfi-Kreis. Während dieser Zeit wurde Nagy zu Hause immer öfter von seinen Anhängern besucht, mit denen er diskutierte; politische Aktivitäten entfaltete er jedoch nicht. Er übte allerdings auch nicht die geforderte Selbstkritik, was sein Ansehen in der Bevölkerung weiter steigerte. Die sowjetische Führung, mit der politischen Lage in Ungarn zunehmend unzufriedener geworden, veranlaßte den Rücktritt Rákosis, der das Land verlassen und in die Sowjetunion gehen mußte. Von dort kehrte er bis zu seinem Tod 1971 nicht mehr zurück.

Sein Nachfolger wurde der nicht weniger dogmatische und unpopuläre ehemalige Komintern-Agent Ernő Gerő. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wuchs, zumal die wirtschaftliche Lage sich weiter verschlechterte und die Partei beziehungsweise die Regierung unfähig und auch unwillig waren, die notwendigen Reformen und die entscheidenden personellen Veränderungen in Angriff zu nehmen.

Die Revolution am 23. Oktober 1956 kam spontan und unerwartet. Die erschrockene Parteiführung holte Nagy erst am Abend ins Parlament, als die über 100.000 dort versammelten Menschen ihn hören und sehen wollten. Gleichzeitig hielt Gerő im Rundfunk eine aggressive und beleidigende Rede, welche die Gemüter noch mehr anheizte. Die Ereignisse überstürzten sich. Die Behörde für Staatsschutz (*Államvédelmi Hatóság, ÁVH*) eröffnete das Feuer auf die vor dem Rundfunk versammelte Menge. Der Aufstand brach aus. In der gleichen Nacht griffen die sowjetischen Truppen ein. Laut Recherchen Rainers ging der Einsatzbefehl von dem sowjetischen Botschafter Andropow aus. In den ersten Tagen der Revolution stand Nagy noch unter dem Druck der handlungsunfähigen und völlig verwirrten Parteiführung, die auf die Ereignisse jeweils mit erheblicher Verzögerung und falsch reagierte. Nagy wurde erst am 24. Oktober zum Ministerpräsidenten ernannt. Sein Handlungsspielraum war deshalb am Anfang erheblich eingeschränkt. Rainer beschreibt und analysiert in seinem Buch ausführlich die Per-

sönlichkeit Nagys und sein Verhalten. Seine Politik als Ministerpräsident von 1953 bis 1955 war demnach nicht der ausschließliche Grund seiner Popularität. Auch sein äußeres Erscheinungsbild als Prototyp eines ungarischen Bauern und sein intellektueller Habitus trugen erheblich dazu bei. Er verkörperte nicht den Typus eines kommunistischen Funktionärs, sondern eher den eines Professors der Landwirtschaft. Die Bevölkerung betrachtete ihn als einen aus dem Volk und akzeptierte ihn deshalb. Im Wesen war er ruhig und abwägend. Seine Schwäche war, daß er Entscheidungen zögernd und ungern traf und eher versuchte, ihnen auszuweichen. An einmal getroffenen Meinungen und Entscheidungen hielt er aber hartnäckig fest, selbst wenn sie ihm Nachteile einbrachten, wobei seine kalvinistische Herkunft eine Rolle gespielt haben mag.

Während der Revolution gelang es Nagy, sich einen eigenen Spielraum zu verschaffen. Er verhandelte sowohl mit den Vertretern der verschiedenen politischen Gruppierungen als auch mit den Aufständischen. Ebenso verhandelte er intensiv mit den nach Budapest entsandten sowjetischen Politbüromitgliedern Mikojan und Suslow. Nagy akzeptierte viele Forderungen der Bevölkerung; er verkündete Ungarns Austritt aus dem Warschauer Militärpakt und die Neutralität des Landes. In seinem Interview für die italienische Zeitung „Il Giornale d'Italia“ antwortete er auf die Frage, wie er sich Ungarns Zukunft vorstelle, wie folgt: Westliche Demokratie mit unabhängiger, nationaler Politik, ohne Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder. Anfang November hörten die Kämpfe auf, und die Konsolidierung der innenpolitischen Lage machte große Fortschritte. Es schien, als hätte die Revolution gesiegt.

Am 4. November erfolgte die sich bereits abzeichnende sowjetische Intervention. Nagy und etwa vierzig seiner Anhänger, darunter etliche Frauen und Kinder, flüchteten auf Grund einer offiziellen Einladung aus Belgrad in die jugoslawische Botschaft in Budapest. Nagy wußte nicht, daß Chruschtschow und Malenkov einige Tage zuvor Tito auf der Insel Brioni besucht, ihn über die bevorstehende Intervention informiert und seine Zustimmung dazu eingeholt haben. Die jugoslawischen Politiker trieben ihr Ränkespiel mit Nagy. Sie wollten erreichen, daß Nagy als Ministerpräsident freiwillig zurücktrat.

Er tat es nicht, weder in der Botschaft noch später. Nagy und seine Anhänger mußten am 22. November die Botschaft verlassen. Obwohl Kádár den Jugoslawen eine schriftliche und mündliche Zusicherung gab, daß Nagy und die anderen unbehelligt nach Hause zurückkehren könnten und auch später gegen sie kein Prozeß eröffnet werden würde, wurden sie nach Verlassen der Botschaft von sowjetischen Kräften in Gewahrsam genommen. Nach einer kurzen Befragung brachten sie sie am nächsten Tag nach Rumänien. Die ungarische Bevölkerung protestierte vergeblich gegen diese Verschleppung.

Nagy und einige seiner Gefolgsleute blieben bis Mitte April 1957 in Rumänien. Dann wurden sie erneut verhaftet und zurück nach Ungarn zurückgebracht. Rainer weist in seinem Buch ebenfalls nach, daß Kádár, nachdem er erkannte, daß Nagy als Ministerpräsident nicht abdanken würde, eine Hetzkampagne gegen diesen einleitete. Gleichzeitig ließ er heimlich gegen ihn einen Prozeß vorbereiten, wobei auch eindeutig belegbar ist, daß er dazu nicht von der Sowjetunion gezwungen wurde, sondern aus eigener Initiative handelte. Da Nagy nicht freiwillig verzichtete, wollte er ihn liquidieren. Chruschtschow gab auf Kádárs Drängen nach und billigte das Todesurteil. Der Prozeß fand, erst nach zwei Anläufen, Mitte Juni 1958 in Budapest unter größter Geheimhaltung statt. Die Verhandlung war eine ju-

ristische Farce; selbst die gültigen Vorschriften der Strafprozeßordnung wurden massiv verletzt beziehungsweise ignoriert; die Beweislage war zudem dürftig.

Die Möglichkeiten der Verteidigung wurden äußerst eingeschränkt, Entlastungszeugen waren nicht zugelassen. Nagy und General Maléter verteidigten sich trotzdem mutig und konsequent. Sie hatten jedoch keine Chance, da die Urteile von Kádár bereits vorher festgelegt worden waren. Imre Nagy, General Pál Maléter und der Journalist Miklós Gimes wurden zum Tode verurteilt und bereits am nächsten Tag, am 16. Juni 1958, hingerichtet.

Die Empörung war weltweit groß, zumal das Urteil am 17. Juni, dem Jahrestag des Berliner Aufstandes von 1953, veröffentlicht wurde. Nagy und seine Gefährten ließ man zunächst im Gefängnishof verscharren, um sie drei Jahre später heimlich, unter falschen Namen, in der berüchtigten Parzelle 301 des Zentralfriedhofs von Budapest erneut zu begraben. Erst 1989 wurden die sterblichen Überreste Nagys und der anderen Märtyrer der Kádárschen Vergeltung exhumiert und würdig bestattet. Am 17. Juni 1989 nahmen mehr als 200.000 Menschen auf dem Heldenplatz in Budapest im Rahmen einer Trauerkundgebung feierlich von ihnen Abschied. Rainer zeichnet den Lebensweg Imre Nagys sehr akribisch nach. Ausführliche Fußnoten ergänzen das Buch. Das umfangreiche Literaturverzeichnis ermöglicht dem interessierten Leser, sich ausführlich mit dem Thema weiter zu beschäftigen. Wünschenswert wäre gewesen, wenn Rainer auch noch über die heftige internationale Empörung geschrieben hätte, die der Hinrichtung Nagys folgte. Das brutale Vorgehen Kádárs markierte schließlich den Beginn des Niederganges der westlichen kommunistischen Parteien und fügte der Sowjetunion nachhaltigen Schaden zu. Insgesamt stellt Rainers Werk einen wertvollen Beitrag zur jüngsten Geschichte Ungarns dar.

György Harsay

München

Interferenzen

SCHWEIKERT, WERNER: *Bibliographie der ungarischen Literatur des 20. Jahrhunderts in deutscher Sprache*. Flein bei Heilbronn: Schweikert 2000. X, 1020 S.

Jede Disziplin ist von Zeit zu Zeit gefordert, Bestandsaufnahmen anzufertigen, um den Stand ihrer Aktivitäten zu dokumentieren und weitere Aufgaben zu erkennen. Als Grundlagen für diesen Zweck dienen oft und zu Recht die Fachbibliographien, die sehr überzeugend, bündig und klar Leistungen und Defizite darstellen können. Trotz dieser Nützlichkeit, gehört die Zusammenstellung einer Bibliographie allerdings nicht zu den dankbaren und gerne angenommenen Tätigkeiten: sie sind als Arbeit sehr schwierig, kosten deshalb viel Zeit, Mühe und Geld, als Leistung werden sie nicht als sehr hoch wissenschaftlich angesehen und sie sind naturgemäß nie vollkommen. Zwischen 1972 und 1997 wurde eine solche repräsentative Bibliographie der ungarischen Literatur von den Anfängen bis 1970 als Leistung einer Forschungsgemeinschaft des Literaturwissenschaftlichen Instituts der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in 8 Bänden veröffentlicht. Aber diese erschöpfende Arbeit hat die in fremde Sprachen übersetzten Bücher ungarischer Autoren nur sehr marginal, nahezu als bloße Illustration behandelt. Neben Berührungsängsten mit